»Postliberalismus« oder ein Plädoyer für einen populären Liberalismus

DAVID GOODHART
Februar 2015

- In Europas Gesellschaften dominieren zwei Spielarten des Liberalismus: Ein Liberalismus der Eliten – weltoffen und universalistisch – und ein »bodenständiger Liberalismus« der Durchschnittsbevölkerung. Diese Spielart des Liberalismus ist stärker auf die eigene Umwelt und die Lebensgemeinschaften bezogen. Sie will aber die Errungenschaften der modernen, liberalen Gesellschaften nicht in Frage stellen.

- Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien gehen in einem hohen Maße darauf zurück, dass sich die »bodenständigen Liberalen« von den Funktionseliten ignoriert sehen. Ihr Verlangen nach Bewahrung einer vertrauten und beherrschbaren Umwelt wird von der Politik der Funktionseliten tendenziell ignoriert. Hierin unterscheidet sich der Wirtschaftsliberalismus nicht vom soziokulturellen Linksliberalismus der akademischen Mittelschichten.

- Die Sozialdemokratie wäre gut beraten, nach einer neuen »postliberalen« Synthese aus elitärem und bodenständigem Liberalismus zu suchen. Diese postliberale Synthese würde eine hohe Attraktivität für Wähler besitzen. Sie würde konservativere Positionen im soziokulturellen Bereich mit sozialdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik verbinden und den Liberalismus wieder stärker lebensweltlich verankern.

Inhalt

Einleitung **2**

I. Die zwei Welten des Liberalismus **3**

II. Postliberalismus **4**
Nationale Identität und gesellschaftlicher Zusammenhalt 5
Gemeinschaft und Identität 6
Beschäftigung und Status 8
Der Sozialstaat als moralische Gemeinschaft 8

III. Postliberalismus und das progressive Dilemma **9**

IV. Politische Positionen des Postliberalismus **10**

Literaturverzeichnis **12**

Einleitung

In Europa ist der Populismus auf dem Vormarsch. Der dominierende Liberalismus sollte diese Entwicklung als Chance begreifen: Der Populismus kann helfen, sowohl die eigene Denkweise als auch die eigenen Schwächen besser zu verstehen. Bisher allerdings reagieren viele Liberale auf den Aufstieg der Populisten in erster Linie mit einem Rückzug in die ideologische Zitadelle ihrer »zivilisierten Werte«. Gerade der vom idealistischen Geist der 1960er Jahre geprägte Linksliberalismus betrachtet es als seine wichtigste Aufgabe, diese Werte gegen die neue »Barbarei« zu verteidigen.

Eine solche »Politik der Verachtung« mag verlockend sein, sie ist aber ineffektiv. Man wird die Millionen Unterstützer von Marine Le Pen, Nigel Farage und anderen nicht dadurch zum Umdenken bewegen, dass man ihnen die eigene moralische Überlegenheit entgegenhält. Dieser Ansatz übersieht zudem, dass viele Anhänger populistischer Parteien in Europa durchaus »Liberale« im weiteren Sinne geblieben sind. Natürlich sammeln sich an den äußersten rechten Rändern auch viele Autoritäre und Rassisten. Aber auf die durchschnittlichen Anhänger der populistischen Parteien treffen diese Bezeichnungen nicht zu, und es ist kontraproduktiv, beide Gruppen in einen Topf zu werfen.

Richtig ist, dass Anhänger populistischer Parteien dazu neigen, sich mit vielen Aspekten des kulturellen und ökonomischen Wandels unwohl zu fühlen. Viele von ihnen sind gleichsam zwischen Populismus und Liberalismus hin- und hergerissen. Sie sind gegen Einwanderung im großen Stil (so wie es Menschen tendenziell überall auf der Welt sind) und misstrauen der zentralistischen und anti-nationalen Ausrichtung der Europäischen Union. Aber zugleich sind sie im Großen und Ganzen moderne Menschen: Rechtstaatlichkeit und Grundrechte – einschließlich Minderheitenrechte und Gleichheit zwischen ethnischen Gruppen – sind für sie ebenso selbstverständlich wie freie Meinungsäußerung, individuelle Autonomie und ein gewisses Misstrauen gegen staatliche Autorität.

Üblicherweise sind diese Menschen – ich nenne sie im Folgenden »bodenständige Liberale« – in den stärker lokal verwurzelten, mittleren Teilen der Gesellschaft zu finden. Sie leben in kleinen Städten, Vororten und ehemaligen Industrieregionen. Die Bewohner dieser Gegenden haben häufig das Gefühl, dass der Lauf der Dinge an ihnen vorübergezogen ist. Mit der progressiven individualistischen Weltsicht der mobilen akademischen Elite können sie wenig anfangen. Dabei sind sie aber überwiegend keine Reaktionäre, sondern eher Kommunitaristen. Diese Menschen sind durchaus der Auffassung, dass ihr Land aufgrund der Fortschritte bei der Gleichbehandlung von Geschlechtern und Rassen in den vergangenen Jahrzehnten ein besserer Ort zum Leben geworden ist. Zugleich sind sie aber der Meinung, dass irgendwo auf diesem Weg der permanenten Veränderung das Gefühl für den gesunden Menschenverstand und für die moralische Gemeinschaft verloren gegangen ist.

Anders als es der dominierende Liberalismus der Funktionseliten suggeriert, haben wir es hier nicht mit einem Wettbewerb zwischen Gut und Böse zu tun. Vielmehr geht es um eine Auseinandersetzung zwischen zwei verschiedenen Strängen des Liberalismus, die auf unterschiedliche Lebensstile, Erfahrungen und Interessen zurückgeht: Auf der einen Seite steht die professionelle Oberschicht, zu der auch die politische Klasse gehört und ihr elitärer Liberalismus. Auf der anderen Seite befindet sich die Gesellschaftsschicht der normalen Wähler mit mittlerem oder geringem Einkommen und durchschnittlicher Bildung. Es gibt eine Vielzahl von Themen, bei denen sich dieser Gegensatz nicht wirklich artikuliert, weil die Sachverhalte im Kern technischer Natur sind – wie zum Beispiel bei der Frage, wie der Energiemarkt am besten organisiert werden sollte – oder weil bei der Bewertung dieser Themen immer noch ein klassisches Links-rechts-Schema greift – etwa wenn es um die Frage geht, wie hoch die Reichen besteuert werden sollten.

In den letzten Jahren wurde das, was man »elitären Liberalismus« nennen könnte, durch den »bodenständigen Liberalismus« immer stärker herausgefordert. Der Grund hierfür ist, dass der elitäre Liberalismus immer auch ein Antreiber eines rastlosen gesellschaftlichen Wandels ist. Solange dieser Wandel allen Mitgliedern der Gesellschaft zugutekommt, tritt der Konflikt zwischen den beiden Spielarten des Liberalismus in den Hintergrund. Sobald aber von den Veränderungen nicht mehr alle profitieren oder der Wandel zu schnell vonstattengeht, gewinnt die bodenständige Variante des Liberalismus an Einfluss. Denn ein implizites Versprechen moderner Demokratien lautet, dass jeder Bürger sein eigenes Leben bis zu einem gewissen Grad selbst kontrollieren kann. Dieses Versprechen umfasst, vereinfacht gesagt, auch das Recht, be-

stimmte Dinge zu verhindern. Es postuliert implizit auch ein grundlegendes Recht auf eine gewisse Stabilität und Kontinuität in Bezug auf die Welt, in der man lebt und die eigene Lebensweise. In der heutigen Welt ist dies ein Versprechen, das demokratische Politik immer schwerer einlösen kann bzw. einlösen will.

I. Die zwei Welten des Liberalismus

Im Folgenden sollen einige Charakteristika des elitären und des bodenständigen Liberalismus in den heutigen politischen Debatten herausgearbeitet werden. Sich mit diesen Unterschieden ernsthaft auseinanderzusetzen bedeutet nicht, auf der politischen Skala stärker nach rechts zu rücken, auch wenn sich der bodenständige Liberalismus sozial konservativer präsentiert als der elitäre Liberalismus. Aber die Differenzen anzuerkennen und die Legitimität beider Formen des Liberalismus zu akzeptieren, wäre ein wichtiger Schritt hin zu einer Neuausrichtung der Politik in Europa.[1]

Es handelt sich weder beim elitären Liberalismus noch beim bodenständigen Liberalismus um vollständig ausgearbeitete Denkschulen. Bei beiden Richtungen handelt es sich eher um eine Ansammlung von Intuitionen, die auf Erfahrungen und Ansichten über die Gesellschaft und die menschliche Natur basieren, die sich zudem an manchen Punkten überschneiden.

Die folgenden sieben Elemente scheinen mir zentrale Denkmuster des elitären Liberalismus – auch bekannt als »progressiver Individualismus« – zu sein:

1. Wandel ist grundsätzlich positiv. Zwar bringt die Globalisierung auch Nachteile mit sich und Verlierer hervor, aber die negativen Effekte können mittels kluger Politik abgemildert werden; zudem ist die Zahl der Gewinner größer als die der Verlierer.

2. Das Ziel von Politik (und des Lebens) ist individuelle Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung. Freiheit bedeutet, Einschränkungen und Zwänge zu beseitigen.

3. Zu den wichtigsten Zielen moderner Politik gehören die Maximierung individueller Entfaltungsmöglichkeiten und gesellschaftlicher und geografischer Mobilität.

4. Auch wenn nur wenige elitäre Liberale hundertprozentige »Kosmopoliten« sind, bevorzugen sie tendenziell eine große Anzahl eher loser Bindungen gegenüber wenigen, dafür engeren Beziehungen. Häufig sind sie misstrauisch gegenüber Gruppenloyalitäten.

5. In Bezug auf die Leistungen des Sozialstaats wird das Bedürftigkeitsprinzip über das Beitragsprinzip gestellt.

6. In der Politik kommt Gleichheit vor Brüderlichkeit (wobei allerdings elitäre Liberale aus der rechten Mitte das Gleichheitsprinzip nicht auf ökonomische Gleichheit ausdehnen).

7. Traditionen werden mit Misstrauen gesehen und als Fortschrittshindernis betrachtet: Für den elitären Liberalismus ist das, was man frei gewählt hat, prinzipiell wertvoller als das, was vorgegeben ist.

Auch die Weltanschauung des bodenständigen Liberalismus ist – noch – liberal. Aber ihr liegen andere Prioritäten und Annahmen zugrunde:

1. Wandel bedeutet auch Verlust. Das ist natürlich nicht immer der Fall; die moderne Welt ist in vieler Hinsicht besser als die alte. Doch aus der Sicht derjenigen, die am wenigsten vom Wandel profitieren, ist Argwohn gegenüber Veränderungen vollkommen rational.

2. Der bodenständige Liberalismus legt großen Wert auf Sicherheit, die Stabilität der Lebensumstände und auf die Reziprozität menschlicher Beziehungen: Freiheit braucht Struktur.

3. Individueller Erfolg wird gesucht und respektiert, aber die wichtigsten Ziele im Leben sind menschliche Beziehungen und Anerkennung. Die Besten und Klügsten schaffen es nach oben, aber auch andere Tugenden haben ihren Wert – nicht nur Erfolgsstreben, sondern auch Hingabe und Anstand.

4. Bodenständige Liberale sind moralische Partikularisten: Menschen, die ihnen nahestehen, bedeuten ihnen mehr als diejenigen, die ihnen fremd sind.

1. Ich betrachte dieses Thema als britischer Sozialdemokrat und Mitglied der Labour Party. Obwohl meine Analyse diese Perspektive reflektieren wird, hoffe ich, dass sie trotzdem auch außerhalb Großbritanniens von Relevanz ist.

5. In Bezug auf den Sozialstaat rangiert das Beitragsprinzip vor dem Bedürftigkeitsprinzip. Wer mehr beigetragen hat, soll auch mehr erhalten.

6. In der Politik kommt Brüderlichkeit vor Gleichheit (obwohl bodenständige Liberale an die prinzipielle moralische Gleichheit aller Menschen glauben).

7. Tradition verkörpert häufig die Weisheit früherer Generationen. Als legitim erachtete Autoritäten und Hierarchien verdienen Respekt.[2]

Selbstverständlich lassen sich nur wenige von uns eindeutig der Gedankenwelt des elitären oder des bodenständigen Liberalismus zuordnen; die meisten Menschen vertreten eine Mischung aus beiden Richtungen. Jedoch gibt es im Milieu der ökonomisch erfolgreichen (und zugleich sozial sensiblen) Akademiker eine Dominanz der elitären Spielart des Liberalismus. Viele von ihnen haben nach dem Schulabschluss ihren Heimatort für das Studium verlassen und verfolgen seither oft räumlich mobile Karrieren. Aufgrund ihrer Bildungs- und Karriereerfolge haben sie Identitäten entwickelt, die es ihnen erlauben, sich an neuen Orten schnell wohlzufühlen und rasch neue Menschen kennenzulernen.

Bodenständige Liberale sind dagegen tendenziell stärker verwurzelt. Ihre Identitäten werden stärker durch Gruppenzugehörigkeit und ein bestimmtes räumliches Umfeld geprägt. Obwohl die Mobilität in jüngsten Zeit zugenommen hat – nicht zuletzt aufgrund der Ausweitung der höheren Bildung – leben in Großbritannien noch immer rund 60 Prozent aller Menschen nicht mehr als 20 Meilen von dem Ort entfernt, an dem sie im Alter von 14 Jahren lebten.

Bodenständige Liberale wünschen sich in der Regel einen weniger umfangreichen und stärker an Bedingungen geknüpften Sozialstaat. Es bereitet ihnen Sorge, dass einige ethnische Minderheiten zu sehr von der Mehrheitsgesellschaft separiert leben. Die meisten haben nichts gegen die Schwulen-Ehe und ähnliche Anliegen, meinen aber, dass die liberalen »Eliten« diesen eine zu hohe Priorität einräumen. Unter dem Strich haben sie eine Einstellung, die eher als »postliberal« denn als »illiberal« bezeichnet werden kann.

II. Postliberalismus

Postliberalismus ist ein akademisch klingender Begriff für eine Denkrichtung, die in Großbritannien mit der Blue Labour-Bewegung (und mit den Red Tories) verbunden wird. Sie kombiniert eine Wirtschaftspolitik der linken Mitte mit einer sozialkonservativen Weltsicht, die dem elitären Liberalismus mit seinem Top-down-Ansatz skeptisch gegenübersteht. Es gibt dabei Parallelen zur kontinentaleuropäischen Christdemokratie, gleichwohl verfolgt der Postliberalismus einen stärker sozialdemokratisch geprägten wirtschaftspolitischen Ansatz und ist soziologisch stärker in den unteren Einkommensgruppen verwurzelt. In vielerlei Hinsicht spiegelt der Postliberalismus eine »verborgene Mehrheit« in den wohlhabenden Industriegesellschaften wider, die aufgrund der Dominanz des sozial-kulturellen Liberalismus der 1968er-Linken und des Marktliberalismus der politischen Rechten keinen politischen Ausdruck gefunden hat. Der heutige Populismus ist eine verdrehte und schrille Version dieses Denkansatzes. Eine »postliberale Sozialdemokratie« könnte viele Wähler zurückgewinnen, die die linke Mitte an die Populisten verloren hat.

Der Postliberalismus ist durchaus ein Kind des Sozialliberalismus der 1960er Jahre und des Marktliberalismus der 1980er Jahre. Aber es handelt sich um ein unruhiges und kritisches Kind: Der Postliberalismus überschreitet einige der alten Trennlinien zwischen links und rechts. Er will weder zurück zu einer staatsregulierten Wirtschaft, noch will er den Fortschritt bei der Rassen- und Geschlechtergleichheit rückgängig machen. Seine Vertreter wissen, dass Europa aufgrund der vielen Veränderungen in den vergangenen Jahrzehnten ein besserer Ort geworden ist. Zu den positiven Entwicklungen zählt nicht zuletzt, dass die Menschen weniger obrigkeitshörig sind als früher, auch wenn dadurch die staatliche Autorität (sinnvolle ebenso wie unangemessene) unterminiert und das Regieren erschwert wird. Im Europa des 21. Jahrhunderts ist es weder möglich noch wünschenswert, den Menschen von oben herab ihren Lebensstil vorzuschreiben.

Der Postliberalismus erkennt die Leistungen und den Einfluss des Liberalismus der vergangenen Jahrzehnte an. Er

2. Diese Beschreibung ähnelt in mancherlei Hinsicht der Analyse Jonathan Haidts, der in seinem Buch »The Righteous Mind« zwischen der liberalen, säkularen Weltsicht der Babyboomer-Generation (die ich elitären Liberalismus genannt habe) und der konservativen Weltanschauung unterscheidet. Für die Babyboomer existieren Haidt zufolge nur zwei moralische Dimensionen: Unglück/Leid sowie Fairness/Ungerechtigkeit. Hingegen beziehen Konservative drei weitere Dimensionen mit ein: Gruppenloyalität, Autorität und das Sakrale.

sieht aber zugleich die Notwendigkeit, darüber hinauszugehen, sich zu etwas Robusterem weiterzuentwickeln, um jene Probleme zu bewältigen, die vom Mainstream-Liberalismus vernachlässigt oder verschärft worden sind. Der Postliberalismus teilt mit dem linken Lager (und Teilen der moderaten Rechten) eine Abneigung gegen die wachsende Einkommensungleichheit. Dabei ist er besonders sensibel im Hinblick auf die psychologischen Folgen der Ungleichheit. Für den Postliberalismus ist ein gutes Leben ebenso mit Gefühlen der Wertschätzung und mit Status verbunden wie mit materiellem Wohlstand.

Die 1960er und 1980er Jahre waren deswegen keine Fehler – aber die damaligen Entwicklungen reichen heute einfach nicht mehr aus. Denn die großen politischen Fragen der Gegenwart betreffen weniger individuelle Rechte, sondern vielmehr die Beschaffenheit von Institutionen und die Qualität von Gemeinschaftsbeziehungen. Der elitäre Liberalismus bietet für viele Probleme unserer Zeit wenig Antworten: das Auseinanderbrechen von Familien, die Zunahme von Einsamkeit und Depressionen, das schwindende Vertrauen in Mitbürger und Politik, unbefriedigende Jobs, wachsende Ungleichheit und, zumindest in einigen Teilen Europas, eine abnehmende gesellschaftliche Akzeptanz des Sozialstaats.

Hinzu kommt, dass sowohl der Marktliberalismus als auch der elitäre Liberalismus das Vorhandensein und die Aufrechterhaltung des »gesellschaftlichen Kitts« (also eines allgemeinen Gefühls des Verbundenseins und von geteilten Interessen) zu sehr als selbstverständlich angenommen haben. Anders als Elitärliberale häufig annehmen, ist sozialer Zusammenhalt nichts Altertümliches. Das vage Gefühl gegenseitiger Wertschätzung einander fremder Bürger ist in Wahrheit ein wertvolles und sehr modernes Phänomen und als solches mit dem verwandt, was der amerikanische Politikwissenschaftler Robert Putnam als »soziales Kapital« bezeichnet hat. Dieser Kitt unterstützt den Wohlfahrtsstaat und erleichtert die Ressourcenverteilung zwischen Schichten, Generationen und Regionen.

Nationale Identität und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Eine Form des gesellschaftlichen Kitts, die zum Glück weiterhin existiert, ist die nationale Identität. Der Postliberalismus betrachtet diese besondere Verbindung unter den Bürgern eines Landes nicht als etwas Negatives, sondern als wertvolles Gut in einer immer individualistischeren und vielfältigeren Gesellschaft. Der Postliberalismus ist universalistisch in dem grundlegenden Sinn, dass für ihn das Leben jedes Menschen gleich wertvoll ist. Aber er geht davon aus, dass diese universalistische Ethik von einem moralischen Partikularismus abgemildert werden muss: Alle Menschen sind gleich, aber sie bedeuten uns nicht alle das Gleiche. Unsere Verpflichtungen und Loyalitäten beginnen bei unseren Familien und Freunden und schwächen sich dann über unbekannte Mitbürger in unseren Vierteln und Städten, in unseren Nationen und schließlich zur ganzen Menschheit hin immer weiter ab. Dies ist kein engstirniges oder selbstsüchtiges Verhalten: Nächstenliebe beginnt zwar zu Hause, aber sie hört dort nicht auf. Postliberale können durchaus nach außen gerichtet und internationalistisch handeln und sich über den Fortschritt in den ärmeren Ländern der Welt Gedanken machen. Aber auf der anderen Seite schämen sie sich auch nicht dafür, dass die meisten europäischen Länder pro Jahr ungefähr dreißigmal mehr für ihr Gesundheitssystem ausgeben als für Entwicklungshilfe.

Nationale Identitäten in Europa sind in den vergangenen Jahren wesentlich fließender geworden. Aber sie bleiben etwas Reales und Bedeutungsvolles. Die Menschen sind auf vielfältige Weise mit ihrer nationalen Geschichte verbunden. Die im Land geborenen Bürger identifizieren sich vielleicht am ehesten über die Geschichte und die Herkunft und haben einen starken Sinn für die Kontinuitätslinien mit der Vergangenheit. Für in ein Land eingewanderte Bürger steht möglicherweise eher die Dimension im Vordergrund, in einer wohlhabenden und freien Gesellschaft zu leben. Aber bei den meisten Menschen steht eine Mischung aus ethnischen und bürgerschaftlichen Faktoren hinter ihrer Beziehung zur Nation, wobei es völlig unproblematisch ist, dass sich diese Faktoren vermischen.

Ein Land löst mit einer starken und selbstbewussten nationalen Identität nicht all seine sozialen und wirtschaftlichen Probleme. Aber es verfügt damit über eine Grundlage: eine gemeinsame Sprache, in der die Diskussion über diese Probleme geführt werden kann und die gemeinsame Normen und Interessen als gegeben betrachtet. Und wenn wir tatsächlich alle in einem Boot sitzen – wovon nationale Identitätsgefühle ausgehen –, dann sollte dies in uns auch den Wunsch auslösen, die Kluft zwischen verschiedenen Landesteilen, zwischen

Arm und Reich sowie zwischen Mehrheiten und Minderheiten zu verringern. Nationale Identitätsgefühle sollten eine eingebaute Neigung zur linken Mitte haben.

Nationale Identitätsgefühle sind unter gut ausgebildeten und weltweit mobilen Menschen – also unter den elitären Liberalen – tendenziell schwächer ausgeprägt. Die Globalisierungserzählung von wachsender Vernetzung und immer schwächeren Nationalstaaten ist ihre Welt, in ihr spiegelt sich ihre eigene Lebensweise wider. Aber diese Sichtweise entspricht nur zum Teil der Realität. Die entscheidenden Politikfelder sind immer noch in nationalen Institutionen verankert: das Rechtssystem, die Demokratie und politische Rechenschaftspflichten; die Steuer- und Ausgabenpolitik und die Sozialsysteme; die Umverteilung zwischen Schichten und Generationen; die Arbeitsmärkte und die Medien. Außerdem ist es nach der Finanzkrise eher zu einer Renationalisierung von Teilen der globalen Wirtschaft gekommen. Und die meisten Menschen in Europa hängen nach wie vor hartnäckig an nationalen Symbolen und Gefühlen.

Dennoch haben die universalistischen und postnationalen Annahmen von Teilen der politischen Klasse in den letzten Jahren erhebliche politische Konsequenzen gehabt. Dies gilt besonders hinsichtlich ihrer relativen Offenheit gegenüber dem Thema Einwanderung und ihres Engagements für eine vertiefte Europäische Integration, die *ever closer union*. Die wachsende Dominanz einer Philosophie von »universellen Rechten« (und eine entsprechende juristischen Praxis) hat beide oben genannten Entwicklungen vorangetrieben und in der Konsequenz die Unterscheidung zwischen Bürger und Nicht-Bürger in den europäischen Nationalstaaten erodieren lassen.

Auch der Postliberalismus ist sehr für die Rechte realer Menschen, aber bei den heutigen abstrakten Konstruktionen der universellen Rechte geht es um andere Fragen. Die Rhetorik der universellen Rechte neigt zu einer Individualisierung von Rechtsansprüchen und verschleiert dabei das Ausmaß an Interdependenz, auf denen diese Rechte in Wirklichkeit beruhen. Rechte sind mit Verantwortung und Verpflichtungen verbunden. Und sie fallen nicht vom Himmel. Einige Rechte – wie das Recht Homosexueller auf gesellschaftliche Gleichbehandlung – sind lediglich die Durchsetzung allgemein akzeptierter Normen. Aber in vielen Fällen erzeugt ein von einer Person in Anspruch genommenes Recht eine entsprechende Verpflichtung auf Seiten anderer Personen, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit dieses Recht tatsächlich in Anspruch genommen werden kann. Das betrifft vor allem Rechte, die einer Finanzierung bedürfen – wie das Recht auf Bildung, Sozialhilfe oder angemessenen Wohnraum. Die Rhetorik des Rechtsanspruchs zielt üblicherweise auf den Staat, aber in vielen Fällen besteht dieser Staat schlicht aus anderen Bürgern.

Ein geschärfter Sinn dafür, was einem als Bürger rechtlich zusteht, ist begrüßenswert. Er kann Stärke und Schutz verleihen. Aber in den vergangenen Jahren ist vermehrt zu beobachten, dass Menschen immer weniger bereit sind, mit ihren Steuern für die Rechte anderer aufzukommen. Hinter einer Vielzahl von Rechten steckt das Prinzip der Umverteilung – und dieses erfordert die Bereitschaft der Stärkeren und Wohlhabenden, Gefühle von Verbundenheit und Sympathie für die Schwachen und Bedürftigen zu zeigen. Und dieses wiederum setzt ein Gefühl für eine gemeinsame Identität und einen geteilten Lebensraum voraus.

Der Rechte-Universalismus dagegen ist, wie der Name schon sagt, eine transnationale Ideologie. Sie macht geltend, dass Menschen aufgrund ihres Menschseins gewisse Rechte haben – und nicht, wie es faktisch der Fall ist, aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer staatlichen Gemeinschaft, die diese Rechte hervorbringt und anerkennt. Mit seinem Bemühen, die Unterschiede zwischen den Bürgern des einen Staates und denen anderer Staaten zu minimieren – beispielsweise indem er sich für einen größeren Einfluss der Internationalen Gerichte einsetzt – untergräbt der Rechtsuniversalismus unabsichtlich die Gefühle nationaler Solidarität, auf der diese Rechte weiterhin beruhen. Menschenrechte sind in Wirklichkeit Bürgerrechte – und ohne handlungsfähige Nationalstaaten, die sie ermöglichen und durchsetzen, sind sie nicht existent.

Gemeinschaft und Identität

Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt des Postliberalismus ist das Konzept der Gemeinschaft. Der Begriff wurde überstrapaziert und ist dadurch fast bedeutungslos geworden. Aber die meisten Menschen räumen stabilen und vertrauten Lebensverhältnissen noch immer eine hohe Priorität ein. Weil Wohlstand und Mobilität zugenommen haben, sind die individuell gewählten Gemeinschaften – Freundeskreise, Interessengruppen, das Arbeitsumfeld

oder Bekanntschaften im Cyberspace – neben den »gegebenen« Gemeinschaften des Wohnortes und der Familie wichtiger geworden. Über kaum sichtbare Fäden sind diese persönlichen Bindungen auf Mikroebene mit größeren regionalen und nationalen Gemeinschaften verbunden, die aus Unbekannten bestehen. Der Philosoph Michael Walzer drückt es so aus: »Nachbarschaften können nur dann offen sein, wenn die Länder, in denen sie angesiedelt sind, zumindest potentiell, geschlossen sind. (…) Die Besonderheiten von Kulturen und Gruppen hängen von einem abgeschlossenen Raum ab, ohne den sie nicht als gefestigtes Merkmal menschlichen Lebens gedacht werden können.« (Michael Walzer 1983.)

Eine Gemeinschaft kann als erdrückend und als Eingriff in die individuelle Wahlfreiheit empfunden werden. In der Tat handelt ein großer Teil der modernen Kultur von dem individuellen Kampf für die Befreiung von Tradition und Konvention. Der herkömmliche Liberalismus feiert häufig regelrecht diese Befreiung durch räumliche oder soziale Mobilität. Viele Liberale stehen Gruppenbindungen skeptisch gegenüber: »Was soll der ganze Wirbel, wir sind doch alle nur Einzelpersonen, oder?« Vor allem bei der Diskussion um Einwanderung neigen konventionelle Liberale zum Bild einer Gesellschaft, die unabhängig von Gemeinschaftsbindungen existiert. In Wirklichkeit aber bleiben verschiedene Formen von Gemeinschaftsbindungen nach wie vor stark, ja sie sind fest in uns verankert. Gesellschaften bestehen aus Menschen, die eine Vergangenheit haben, eine bestimmte Sprache sprechen, bestimmten Traditionen folgen und eine bestimmte Art haben, Dinge zu tun. Wir akzeptieren diesen Gedanken problemlos für Minderheiten, fühlen uns aber unwohl, wenn es um die Mehrheiten in unseren Ländern geht. Dabei gehört es zur Realität des Lebens, dass es Gruppenidentitäten gibt, Menschen, die man als »wie du und ich« empfindet – sei es in Bezug auf die Zugehörigkeit zu einer Gesellschaftsschicht, regionale Herkunft oder ethnische Zugehörigkeit. Außenstehende können in diese Gruppen und Gemeinschaften durchaus aufgenommen werden: Man denke nur an die vielen Deutschen mit polnischen Nachnamen oder Briten mit irischen Namen. Aber erfahrungsgemäß ist es einfacher, wenn dieser Aufnahmeprozess graduell und in beschränkter Anzahl abläuft. Deshalb plädieren Postliberale für ein niedrigeres Einwanderungsniveau.

Immigration, zumindest wenn sie in einem signifikanten Ausmaß stattfindet, kann sowohl für die Zuwanderer als auch für die aufnehmende Bevölkerung eine harte Probe sein, besonders wenn dabei die Kulturen vormoderner traditioneller Gesellschaften importiert werden. Der Widerstand dagegen kann, muss aber nicht notwendigerweise xenophobe Motive haben. Als britische Sozialwissenschaftler wie Michael Young in den 1950er und 1960er Jahren entdeckten, welche Bedeutung Menschen in den Arbeitervierteln Stabilität und Kontinuität beimaßen – und wie beide im Zuge von neuen Wohnungsbauprojekten verloren gingen –, wurde diese Mentalität vom linken Lager gefeiert und verteidigt. Aber als dieselben Menschen einige Jahre später gegen die Störung der Kontinuität durch massenhafte Zuwanderung protestierten, wurde ihnen häufig beschieden, die Grenze des Erlaubten überschritten zu haben (vgl. Michael Young/Peter Willmott 1957).

Tatsächlich ist die Integrationsbilanz vieler großer Städte – von Leicester bis Rotterdam, von Lyon bis Berlin – widersprüchlich. Auf der einen Seite hat der Rassismus abgenommen. Es gibt heute weit mehr ethnisch gemischte Paare und Kinder als früher und mehr Gemeinden, in denen verschiedene Bevölkerungsgruppen unbefangen miteinander leben. Die Aufstiegsmobilität der Minderheiten hat zugenommen. Aber die Kehrseite der Medaille sind der Wegzug der einheimischen Bevölkerung, Parallelgesellschaften und eine Haltung, die Robert Putnam als »sich eingraben« bezeichnet hat: In ganz Europa sträubt sich die einheimische Mehrheit dagegen, in bestimmten Gegenden zur Minderheit zu werden. Im Fall Großbritanniens hat dies dazu geführt, dass fast die Hälfte der ethnischen Minderheiten in Bezirken leben, in denen der Anteil weißer Briten weniger als 50 Prozent beträgt (siehe hierzu Eric Kaufmann 2014).

Wenn es um die Integration ethnischer Minderheiten geht, haben Menschen jeglicher Herkunft gemischte Gefühle. Sie wissen um die besonderen Gefühle der Verbundenheit mit Menschen »wie du und ich«. Sie erkennen aber zugleich an, dass eine funktionierende Gesellschaft nicht ohne intensiven Kontakt zwischen ihren Bürgern und einem Gefühl der wechselseitigen Anerkennung existieren kann. Um die Integration zu verbessern, reicht es daher nicht, einfach mehr Toleranz zu predigen, wie viele klassische Liberale das tun. Sondern es gilt, Kontakte und Interaktion zu fördern und eine *gemeinsame Identität* aufzubauen. Dem amerikanischen Sozialpsychologen Jonathan Haidt zufolge kann man Menschen dazu bringen, sich weniger um die ethnische

Herkunft und Gruppenidentitäten zu kümmern, »indem man sie in ein Meer von Ähnlichkeiten, geteilten Zielen und wechselseitigen Abhängigkeiten taucht« (Jonathan Haidt 2013).

Beschäftigung und Status

Der Postliberalismus kann als eine sozial konservative Form der Sozialdemokratie betrachtet werden. Was die Kritik am Raubtier-Kapitalismus betrifft, stimmt er in vielen Teilen mit dem Mainstream der linken Mitte überein. Er sorgt sich um das Schwinden der Mittelschichten und um den Status und die Einkommen der weniger Erfolgreichen. Und es geht ihm darum, Konzepte wie Loyalität, Mitspracherechte und Fairness anzuwenden – sowohl am Arbeitsplatz als auch in der ganzen Gesellschaft. Dabei gilt, dass Unternehmen in gewisser Weise ebenfalls Bürger sind. Das Wirtschaftsleben sollte nicht als abgetrennte Sphäre betrachtet werden, in der andere Normen des menschlichen Verhaltens und menschlicher Motivation gelten. Der Postliberalismus will den Kapitalismus reformieren, anstatt einfach nur Steuern einzutreiben und den Ertrag des Wachstums zu teilen.

In diesem Zusammenhang gibt es einen Punkt, der aus postliberaler Sicht besonders wichtig ist: Die Teilnahme am Wirtschaftsleben dient nicht nur dazu, für den Lebensunterhalt zu sorgen. Vielmehr ist sie eine Quelle von Anerkennung, Status und Selbstwertgefühl. Hier geht es zum einen darum, wie Menschen am Arbeitsplatz behandelt werden; zum anderen geht es darum, ob sie das Gefühl haben, dass ihre Arbeit nützlich und sozial anerkannt ist. Daher hat der Postliberalismus ambivalente Gefühle im Hinblick auf die Rhetorik der Meritokratie und der sozialen Mobilität. Grundsätzlich ist gegen das meritokratische Prinzip nichts einzuwenden. Aber in der Praxis kann es dazu dienen, den starken Anstieg der Ungleichheit zu legitimieren. Und was soziale Mobilität angeht, so bleiben häufig die Gefühle derjenigen unberücksichtigt, die die Leiter nicht hinaufsteigen. Die weniger Erfolgreichen laufen permanent Gefahr, Gefühle der Minderwertigkeit und des Scheiterns zu entwickeln. Das mag ein unvermeidbarer Aspekt des modernen Lebens sein, es steht aber in einem Spannungsverhältnis zu egalitären Vorstellungen, wonach alle Bürger einen Anspruch auf individuelle Anerkennung und ein Recht auf ein zufriedenstellendes Leben haben. Der Postliberalismus hat nichts gegen Erfolgsstreben oder Ambitionen, zumal dann nicht, wenn es um die Menschen am unteren Ende der ökonomischen Pyramide geht. Ehrgeiz und Erfolgsstreben sind ehrenwerte menschliche Impulse. Aber die meisten Menschen wissen, dass beides für ein gutes Leben allein nicht ausreichend ist.

Die alte Vorstellung von der Würde der Arbeit, die früher mit den körperlich anstrengenden Tätigkeiten in Kohlebergwerken, Stahlhütten und Schiffswerften verbunden war, ist mit dem Niedergang dieser Arbeitsplätze verschwunden. Als die Mehrzahl der Menschen – wie noch vor fünfzig Jahren – relativ einfache, niedrig- oder halbqualifizierte Arbeit verrichteten, machte es keinerlei Sinn, derartige Tätigkeiten zu verachten. Aber wenn heute bis zur Hälfte eines Jahrgangs die Universität besucht oder in den besser bezahlten, hochproduktiven Segmenten der Wirtschaft arbeitet, dann fangen die Menschen unvermeidlich damit an, die einfacheren Tätigkeiten geringzuschätzen – besonders jene Jobs im Service-Sektor, bei denen es darum geht, die Wohlhabenderen und besser Ausgebildeten zu bedienen.

Hinzu kommt die Diskrepanz zwischen den hohen Erwartungen, die viele junge Menschen während der Schul- und Ausbildungszeit entwickeln, und der düsteren Realität am unteren Ende des Arbeitsmarktes: Mehr als 80 Prozent der in den vergangenen drei Jahren in Großbritannien geschaffenen neuen Jobs werden mit weniger als acht Pfund pro Stunde entlohnt. Das ist ein Teil der Erklärung dafür, warum 20 Prozent der 16- bis 24-Jährigen arbeitslos sind und 20 Prozent der geringqualifizierten Jobs von Immigranten verrichtet werden. Angesichts der Fetischisierung von Erfolg und Leistung in der Mainstream-Kultur glauben viele Menschen, dass nur »Versager« jene einfachen Tätigkeiten verrichten, auf die wir immer noch dringend angewiesen sind, wie Reinigungsdienste, Tätigkeiten im Supermarkt oder in der Altenpflege. Auch deshalb besteht eine der zentralen ökonomischen Prioritäten des Postliberalismus darin, die Bezahlung, den Status und die Produktivität der am unteren Ende des Arbeitsmarktes Beschäftigten zu erhöhen.

Der Sozialstaat als moralische Gemeinschaft

Die Angehörigen der professionellen Elite, inklusive großer Teile der politischen Klasse, sind vielfach »universalistische Individualisten«: Sie glauben, dass wir weitgehend undifferenzierte Verpflichtungen gegenüber

allen Menschen haben und dass Sozialhilfe und öffentliche Dienstleistungen deshalb hauptsächlich nach dem Bedürftigkeitsprinzip und nicht nach dem Beitragsprinzip organisiert werden sollten. Diese Entwicklung ist einer der Gründe für den Niedergang an Unterstützung für Sozialversicherungsausgaben in einigen europäischen Ländern zu einer Zeit, in der die Gesellschaften vielfältiger und individualistischer geworden sind. Denn die meisten Bürger glauben nicht an universelle Sozialtransfers. Vielmehr sind sie der Auffassung, dass Unterstützungsleistungen zunächst denjenigen zugutekommen sollten, die selbst in das System eingezahlt haben oder die diese Leistungen verdienen, weil sie bestimmte Dienstzeiten vorweisen können oder tatsächlich nicht in der Lage sind, sich selbst zu helfen.

Beim Risikopooling des Sozialstaats geht es darum, dass wir alle einen kleinen Anteil am Erfolg (und dem Misserfolg) der anderen haben.[3] Auch die moderne Gesellschaft bleibt zumindest teilweise eine moralische Gemeinschaft – wenn auch in einem loseren Sinn und weniger präskriptiv als in der Vergangenheit. Die meisten Menschen gehen zu Recht davon aus, dass ihre Mitbürger über einen gewissen moralischen Entscheidungsspielraum verfügen, wenn auch eingeschränkt durch Biografie und Lebensumstände. Aus diesem Grund kommt der Postliberalismus gut mit der Unterscheidung zwischen den *deserving* und *less deserving* zurecht, und zwar sowohl bei der Entlohnung wie beim Bezug von Sozialleistungen. Unterschiede sollen nicht abgeschafft werden. Aber es muss sichergestellt werden, dass sie nicht anhand von 50 Jahre alten Kriterien vorgenommen werden, sondern die heutige Gesellschaft widerspiegelt, die weniger diskriminierend ist als früher.

Die Liberalisierung der modernen Gesellschaften und der Rückgang der Diskriminierung gingen Hand in Hand mit einer allgemeinen Aufweichung von Grenzen. Parallel zum Rückgang der »schlechten« Unterscheidungen und Differenzierungen (aufgrund von Rasse, Geschlecht oder Schichtzugehörigkeit) verloren aber auch »nützliche« Differenzierungen an Bedeutung – jene Form der moralischen Differenzierung, die gutes und konstruktives Verhalten im Alltag bestärkt.[4] Die Liberalisierungswelle der 1960er und 1970er Jahre – Francis Fukuyama spricht in diesem Zusammenhang von der »großen Störung« – hat auch die Charakterformierung und die Bildungsstile sowohl zum Besseren als auch zum Schlechteren verändert. Individuelle Selbstkontrolle, harte Arbeit und die Bereitschaft zum Bedürfnisaufschub waren die puritanischen Normen unserer Eltern. Für unsere Kinder sind diese Normen zunehmend nur noch eine Lifestyle-Entscheidung. Dabei erfordert jede nur denkbare Version eines guten Lebens zumindest einige Aspekte dieser Charaktereigenschaften. Die Trennlinie zwischen den Schichten in Bezug auf Lebenschancen wird zunehmend auch eine Trennlinie zwischen Charakterausbildungen.

Anstatt das Prinzip moralischer Neutralität zu verfolgen, sollte die staatliche Wohlfahrtsbürokratie jene grundlegenden moralischen Regeln stärken, für die es weiterhin starke gesellschaftliche Unterstützung gibt – zum Beispiel das Prinzip der Belohnung von Leistung und Beitragszahlungen. Ohne Zweifel werfen solche Vorschläge schwierige technische und moralische Fragen auf. Dennoch ist eine solche Weiterentwicklung notwendig, um einen funktionierenden Sozialstaat auf Dauer aufrechterhalten zu können. Der postliberale Ansatz zur Abmilderung der negativen Effekte von sozialer Heterogenität und Wertepluralität auf die Sozialsysteme basiert auf zwei zentralen Punkten. Vonnöten ist erstens ein stärker auf Beiträgen basierender Sozialstaat mit einem klarer abgestuften Zugang für Neueinsteiger. Zweitens müssten wir die sozialen Segregationstendenzen bekämpfen und für mehr Kontakt und Interaktion zwischen den Bürgern sorgen, und zwar ebenso über ethnisch-religiöse Trennlinien hinweg wie über soziale, zwischen den ärmeren Schichten und der übrigen Gesellschaft.

III. Postliberalismus und das progressive Dilemma

Eine Integration postliberaler Konzepte in das Denken der linken Mitte ist dringend notwendig, um zu verhindern, dass Populisten von links und rechts noch mehr Zulauf erhalten, besonders von sozial schwächeren und weniger gebildeten linksgerichteten Wählern. Wir haben in Amerika beobachten können, in welchem Ausmaß Wähler bereit sind, ihre ökonomischen Interessen zugunsten kultureller Präferenzen zu opfern. Und es ist die

3. Ob es sich dabei um Sozialversicherungssysteme wie in Frankreich und Deutschland handelt oder um steuerbasierte Systeme wie in Großbritannien und Schweden macht im Grunde keinen Unterschied.

4. Gerade für Einwandererfamilien aus eher traditionelleren Gesellschaften stellt dies ein Problem dar: Aus ihrer Sicht verlieren sie ihre Kinder an eine Gesellschaft, die keine Grenzen kennt.

kulturelle Spaltung zwischen elitärem und bodenständigem Liberalismus, die heute im Zentrum der europäischen Politik steht.

Der Postliberalismus bildet eine Brücke zwischen den einkommensschwächeren, weniger erfolgreichen, eher kommunitaristisch eingestellten Wählern im linken politischen Lager und ihren erfolgreicheren, urbanen, kosmopolitischen Pendants, die ebenfalls ein wichtiger Bestandteil einer Koalition der linken Mitte sind. Die Enge des bodenständigen Liberalismus muss von urbaner Offenheit flankiert werden, aber auch die elitäre Abgehobenheit und universalistische Selbstgerechtigkeit muss durch bodenständige Verwurzelung und Bindung gezügelt werden. Progressive Politik bewegt sich zunehmend im Spannungsfeld zwischen Bewahrungsverlangen und Veränderungswunsch. Dieses progressive Dilemma ist ein fortwährender Balanceakt. Er ist Teil des noch größeren Spannungsverhältnisses zwischen Zugehörigkeit und Freiheit, das im Zentrum des menschlichen Daseins steht. Viele von uns wollen die Freiheit haben, räumlich und sozial mobil zu sein und aus Verbindlichkeiten auszubrechen, wenn wir sie als zu belastend empfinden. Wir wollen die Scheidung einreichen können, wenn unsere Ehen nicht glücklich sind und ältere Angehörige in Pflegeeinrichtungen unterbringen, wenn sie uns zur Last zu werden drohen. Aber derartige Entscheidungen können auf die starken und stabilen Familien und Gemeinschaften, in denen wir ebenfalls leben wollen, zerstörerisch wirken. Wir schätzen den liberalen Gedanken der Selbstverwirklichung, der Autonomie und der freien Autorenschaft über unser eigenes Leben – aber wir wissen auch um die Abhängigkeit von anderen bei der Verwirklichung dieser Ziele und streben danach, uns in großen und kleinen Gruppen zu verankern.

In der Politik nimmt das progressive Dilemma verschiedene Formen an. Häufig betrifft es Auseinandersetzungen zwischen einem kommunitaristischen Ansatz, der die Notwendigkeit einer »Clubmitgliedschaft« betont, und der Logik umfassenderer universeller Rechte, wie sie einige elitäre Liberale verfechten. Das progressive Dilemma findet sich auch in einigen multikulturellen Debatten wieder, in denen es um die Spannung zwischen dem Recht auf Andersartigkeit und der Pflicht zur Integration geht. Der Respekt gegenüber Andersartigkeit ist ein wichtiges Prinzip, aber es gilt nicht bedingungslos. Es gibt auch eine Notwendigkeit, gemeinsame Normen und gegenseitige Wertschätzung zu bewahren – ein Ziel, dass durch zu große Vielfalt möglicherweise untergraben wird. Entscheidet sich die Linke für eine individualistischere und vielfältigere Gesellschaft, so wird diese Gesellschaft wahrscheinlich dynamischer und wettbewerbsorientierter sein als die heutige. Im Laufe der Zeit werden aber wahrscheinlich auch Zugehörigkeitsgefühle und Solidarität schwächer werden.

IV. Politische Positionen des Postliberalismus

An welchen Punkten hätte ein linker Postliberalismus in den letzten Jahren andere Prioritäten gesetzt als der dominierende elitäre Linksliberalismus? Die folgenden Beispiele sind zwar auf Großbritannien bezogen, sind aber, mutatis mutandis, auch für die Wirklichkeiten anderer europäischer Länder relevant. Postliberale Politik hätte stärker versucht, die Ausweitung des Niedriglohnsektors zu beschränken und sich mehr um die wachsende private Verschuldung gekümmert. Sie hätte sich mehr um die Statusprobleme jener jungen Menschen gesorgt, die im Bildungssektor auf halber Strecke stecken geblieben sind. Der Postliberalismus hätte die Einwanderung stärker kontrolliert, ihre Effekte durch die Ausweitung des Wohnungsbaus gelindert und eine klarere Integrationsstrategie für Neuankömmlinge verfolgt. Im Sozialbereich hätte er mehr getan, um Abhängigkeits- und Armutsfallen zu beseitigen und das System stärker auf die Anerkennung von Beitragsleitungen orientiert. Im Bildungssystem wären Disziplin und Charakterbildung stärker gefördert worden, und es wäre ebenso viel Energie auf das Berufsbildungssystem verwendet worden wie auf die Reform der Universitäten. In Großbritannien wäre stärker versucht worden, die Wirtschaft neu auszubalancieren, weg vom Finanzplatz London und dem Immobiliengeschäft. Arbeitnehmer hätten mehr Mitspracherechte erhalten, und für den Verkauf staatlicher Vermögenswerte wären engere Grenzen gesetzt worden.

Die Geschichte der Politik seit den frühen 1980er Jahren, so heißt es gelegentlich, sei so verlaufen, dass das rechte Lager die wirtschaftspolitische Debatte und die Linke die soziale/kulturelle Auseinandersetzung gewonnen habe. Es könnte aber sein, dass sich diese Erzählung in den letzten Jahren ins Gegenteil verkehrt hat. Besonders seit der Wirtschaftskrise 2008 wird der freien Marktwirtschaft und der Vorherrschaft der Finanzwirtschaft immer mehr Skepsis entgegengebracht, selbst von Parteien der rechten Mitte (und selbst in Großbritannien). Zugleich ist

in vielen Teilen Europas die einstige Dominanz der Linken auf den Gebieten Sozialstaat, Bildung und Einwanderung/Multikulturalismus sehr viel schwächer geworden. Ein Grund dafür besteht darin, dass das linke Lager sich zu unkritisch auf die Seite des elitären Liberalismus geschlagen hat. Dadurch wurde die Linke insbesondere für die untere Hälfte der Gesellschaft immer weniger attraktiv.

Der britische Theologe John Milbank hat seinen postliberalen Gegenentwurf zum elitären Liberalismus folgendermaßen formuliert: »Wir können dieser Form des Liberalismus George Orwells aufrichtig sozialistisches Vertrauen in den ›Alltagsanstand‹ der normalen Menschen gegenüberstellen. Die Menschen haben immer nach dem Prinzip der Reziprozität gelebt: geben, dankbar sein und im Gegenzug etwas zurückgeben. Durch diesen Prozess haben die Menschen auf einfache Weise wechselseitige Anerkennung und Beziehungen geschaffen. Die meisten Menschen streben nach menschlichen Verbindungen, und nach der Ehre und der Würde von Anerkennung, auf welch niedrigem Niveau auch immer. Ihnen geht es kaum darum, sehr viel reicher zu werden als ihre Mitbürger oder große Macht über sie zu gewinnen. In Wirklichkeit verstehen die meisten Menschen, dass diese Dinge nur ihre Angstgefühle und Unsicherheiten verstärken würden – sie bevorzugen ein weniger spektakuläres, aber ruhigeres Leben. Im Prinzip sind sie Hobbits.« (John Milbank 2013)

Ob sie nun Hobbits sind oder nicht – die Menschen sind gewiss nicht die freischwebenden Individuen der Ideologie des elitären Liberalismus. Vielmehr sind sie in Gemeinschaften und Familien verwurzelt, erfahren den Wandel häufig als Verlust und haben eine Hierarchie moralischer Verpflichtungen. Allzu oft ignoriert die Sprache des elitären Liberalismus, die die öffentliche Debatte dominiert, die realen Affinitäten zu Menschen und Orten. Diese Affinitäten sind keine Hindernisse, die man auf dem Weg zur guten Gesellschaft überwinden muss, vielmehr sind sie einer ihrer Grundsteine. Menschen werden immer ihre eigenen Familien und Gemeinschaften anderen gegenüber bevorzugen. Die Aufgabe eines realistischen Liberalismus wäre es, nach einer Beschreibung von Nation und Gemeinschaft zu suchen, die offen genug ist, um Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen einzubinden, ohne so offen zu sein, dass Gemeinschaft und Zugehörigkeit bedeutungslos werden.

Der dominierende elitäre Liberalismus vertritt in Wirtschafts- und Arbeitsmarktfragen, der Bildungspolitik, des Sozialstaats, der Einwanderung und der Familienpolitik viel zu sehr die Interessen und Vorurteile der professionellen Oberschicht. Dadurch hat er genau jene populistische Reaktion provoziert, die nun verächtlich und lächerlich gemacht wird. Der Postliberalismus begrüßt diesen Aufstieg populistischer Parteien in ganz Europa keineswegs: Er will hart gegen den Populismus vorgehen – aber auch gegen die Verunsicherung und die Entfremdung, die den Populismus überhaupt erst verursachen. Die elitären Liberalen müssen aufhören, die bodenständigen Liberalen herablassend zu behandeln. Und sie müssen lernen, zumindest einige ihrer Empfindungen nachzuvollziehen und einige ihrer Anschauungen aufzugreifen und in einem postliberalen Kompromiss zu akzeptieren.

Literaturverzeichnis

Haidt, Jonathan (2013): *The Righteous Mind,* New York, Vintage.

Kaufmann, Eric/Harris, Gareth (2014): *Changing Places,* Demos (http://www.demos.co.uk/publications/changing places, aufgerufen am 17.2.2015).

Milbank, John (2013): *Lecture, The Blue Labour Dream,* July 2013 (http://richardsrobinson.org.uk/2013/07/the-blue-labour-dream-by-professor-john-millbank/, aufgerufen am 9.2.2015).

Putnam, Robert D. (2007): *E Pluribus Unum: Diversity and Community in the Twenty First Century,* The 2006 Johan Skytte Prize Lecture. Scandinavian Political Studies 30, No. 2 (June 2007): 137–174.

Walzer, Michael (1983): *Spheres of Justice,* New York, Basic Books.

Young, Michael/Willmott, Peter (1957): *Family and Kinship in East London,* London, Penguin.

Über den Autor

David Goodhart ist Direktor von Demos, dem wichtigsten parteiübergreifenden Think-Tank Großbritanniens. Davor war er Gründer und Herausgeber des Prospect magazine, einer Monatszeitschrift zum Zeitgeschehen. Er lebte drei Jahre in Deutschland und berichtete für die Financial Times über die Wiedervereinigung.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Internationale Politikanalyse
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die Internationale Politikanalyse (IPA) ist die Analyseeinheit der Abteilung Internationaler Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung. In unseren Publikationen und Studien bearbeiten wir Schlüsselthemen der europäischen und internationalen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unser Ziel ist die Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen und Szenarien aus der Perspektive der Sozialen Demokratie.

Diese Publikation erscheint im Rahmen der Arbeitslinie »Monitor Soziale Demokratie«,
Redaktion: Dr. Ernst Hillebrand, ernst.hillebrand@fes.de; Redaktionsassistenz: Sabine Dörfler, sabine.doerfler@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.

EFQM
Committed to excellence

ISBN 978-3-95861-102-3